

Helmut Wiesenthal
Juni 2004

Der theoretische Ertrag der Transformationsforschung für die Sozialwissenschaft

Vortrag im Rahmen des Interdisziplinären Doktoranden- und Postdoktorandenkolloquiums
„Gemeinsame und getrennte Entwicklungspfade im (post-)sozialistischen Europa“,
29.06.-03.07.2004
Centre Marc Bloch, Berlin

1. Wie 'lernen' die Sozialwissenschaften?

Nur bei oberflächlicher Betrachtung bilden die verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen eine Einheit: die oft zitierte „Einheit der Wissenschaften“. Den Wissenschaftlern selbst und auch denen, die über ihre Finanzierung entscheiden ist selbstverständlich wohlvertraut, worin sich die einzelnen Disziplinen unterscheiden. Denn jede der vielen Disziplinen hat sich eine eigene Welt geschaffen – besiedelt von je besonderen Gegenständen, zugänglich nur mittels einer oder mehrerer besonderer Sprachen, denen unterschiedliche Denkweisen entsprechen und in denen sehr spezielle Fragestellungen, Hypothesen und Forschungsprobleme formuliert werden.

[Das Verlangen nach Gelegenheiten zur interdisziplinären Kommunikation ist von daher gut nachvollziehbar. Denen, die ihm nachgeben, ist ein gehöriges Maß an Entschlossenheit und Empathie zu wünschen – zwei Eigenschaften, die im Alltagsleben nicht immer problemlos zusammengehen.]

Ein wichtiges Unterscheidungskriterium ist das Verhältnis der einzelnen Wissenschaften zu ihren Erfahrungsgrundlagen. Denn diese sind von sehr verschiedener Art.

> Chemie, Physik und Biologie mögen ihre Gegenständen überwiegend in den Sachverhalten der natürlichen Umwelt finden, denen sie sich mit selbsterzeugten Fragestellungen nähern. In diesen Disziplinen wissen die Forschenden recht genau, was sie wissen möchten.

> Etwas bequemer haben es Disziplinen wie Mathematik und Philosophie. Sie verstehen es nicht nur, ihre Fragen, sondern auch den Großteil ihrer Gegenstände selbst zu erzeugen. [Für dieses hohe Maß an Autonomie ernteten sie in der Vergangenheit ebensoviel Neid wie Bewunderung.]

> Die Sozialwissenschaften repräsentieren einen dritten Typ von Wirklichkeitsverhältnis. Sie lassen sich in der Regel nicht nur die Gegenstände, sondern auch die forschungsleitenden Fragen von ihrer Umwelt, d.h. dem Gegenstand selbst, vorgeben. Die Ursachen dieses engen Verhältnisses der Sozialwissenschaft zu ihren Gegenständen liegen nicht, wie manche vermuten, in einer besonderen Anwendungsorientierung [etwa in Form von Sozialtechnologien] oder einer gewissen Einfallslosigkeit. Das außergeleitete Erkenntnisinteresse ist vielmehr die Konsequenz eines doppelten Handikaps der Sozialwissenschaften.

Handikap Nr. 1 ist die *Komplexität* des Gegenstandsfeldes, d.h. der modernen, differenzierten und dynamischen Gesellschaft. Sie umfasst so viele Sachverhalte und komplexe Kausalverhältnisse, dass gehaltvolle und falsifizierbare Generaltheorien „der“ Gesellschaft unmöglich sind.

Handikap Nr. 2 ist der durch die Natur vieler Gegenstände erzwungene Verzicht auf experimentelle Forschung. Nur in Randbereichen wie der Wahrnehmungspsychologie oder der Gruppensoziologie sind experimentelle Erkenntnisse möglich. Aber dort, wo es besonders interessant wäre, wie in der Organisations- oder Arbeitsmarktforschung, der Bildungs- und Lebenslaufforschung oder bei der Suche nach den Ursachen von Terrorismus und Staatsversagen, sind Experimente weder technisch möglich noch ethisch akzeptabel.¹

Wie also lernen die Sozialwissenschaften? Zwei Verfahren der Erkenntnisgewinnung erscheinen mir vor allen anderen als bedeutsam. Das eine Verfahren beruht auf der Beobachtung und Analyse *logischer Widersprüche* zwischen schon bestehenden Annahmen auf der einen Seite und empirischen Evidenzen auf der anderen. Die Forscherin entdeckt etwas „theoretisch“ Unerwartetes und nimmt es zum Anlass, ihre den Tatsachen widersprechenden Überzeugungen zu revidieren.

Das andere Verfahren verhält sich dazu komplementär und beruht darauf, dass die Forscherin Widersprüche innerhalb des Sets der für relevant erachteten theoretischen Annahmen bemerkt. Da sie – anders als z.B. Politiker – nicht mit Inkonsistenzen leben mag, begibt sie sich auf die Suche nach einer Entscheidungsinstanz. Das mag das Urteil eines Vorgesetzten oder eines besonders berühmten Autors sein. Oder man wählt das Entscheidungskriterium im Hin-

¹ Es könnte allerdings sein, dass die Bereitschaft der Gesellschaft wächst, sozialwissenschaftliche Experimente an Teilpopulationen und Gruppen zu dulden (vgl. The Economist 2002).

blick auf seine Karrierechancen aus. Oder man hält Ausschau nach empirischen Daten, die die Frage zu beantworten erlauben.

Eine ausgesprochen wertvolle, aber nicht immer verfügbare Option ist die Nutzung „passender“ Realereignisse, die sich als Quasiexperiment anbieten und analysieren lassen. Darum lohnt sich auch die umgekehrte Vorgehensweise: Passiert etwas sehr Ungewöhnliches, so klopft man das unerwartete Ereignis so lange von allen Seiten ab, bis man auf Phänomene stößt, die sich als Test auf umstrittene oder aus anderen Gründen bezweifelte theoretische Aussagen eignen. Für dieses Vorgehen bieten sich die Transformationsprozesse von ehemals sozialistischen Staaten an.

2. Die Transformation sozialistischer Länder als theoretisch lohnender Erkenntnisgegenstand

Der Systemwechsel der sozialistischen Länder, insbesondere der gleichzeitige Umbau des politischen und des Wirtschaftssystems, wurde von Sozialforschern frühzeitig als zwar komplexes und umfangreiches, aber auch ungewöhnlich erkenntnisträchtiges Forschungsfeld entdeckt:² zum einen, weil er den historisch einmaligen Fall eines politisch inszenierten Umbaus ganzer Institutionenkomplexe darstellt, und zum zweiten wegen der schieren Größe und Seltenheit des Samples. Es umfasst immerhin 29 Länder, die sich seit 1989 auf die Reise zu Marktwirtschaft und Demokratie begeben haben.³

Zwar waren die Transformationsprozesse der einzelnen Länder von vielen historischen ökonomischen, kulturellen und politischen Besonderheiten geprägt und von unterschiedlich zusammengesetzten und ungleich motivierten Eliten betrieben. Doch gerade darum versprechen systematisch vergleichende Forschungen wertvolle Erkenntnisse über die Bedingungen der Möglichkeit der intentionalen Gestaltung politischer, ökonomischer und sozialer Institutionen. Ist doch das systematische Wissen über die Herstellbarkeit effizienter und akzeptierter Institutionen als recht bescheiden einzuschätzen. Die wissenschaftliche Neugier konzentrierte sich deshalb u.a. auf die Frage: Kann der intentionale Umbau ganzer Gesellschaften überhaupt gelingen?

² Vgl. Giesen/Leggewie (1991) und Offe (1991a).

³ Es sind dies außer der DDR: Albanien, Armenien, Aserbaidshan, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Georgien, Kasachstan, Kroatien, die Kirgisische Republik, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldova, die Mongolei, Polen, Rumänien, Russland, die Slowakei, Slowenien, Tadschikistan, die Tschechische Republik, Turkmenistan, Ungarn, die Ukraine, Usbekistan, Weißrussland und (Rest-) Jugoslawien.

So simpel diese Frage heute erscheinen mag, da wir sie im Nachhinein ohne Zögern positiv beantworten, so fruchtbar scheint sie mir als Kompass auf dem Weg zu wichtigen theoretischen Erträgen der Transformationsforschung. Ich nehme sie deshalb als Ausgangspunkt einer exemplarischen Skizze von theoriefähigen Erkenntnisgewinnen, die auf dem Gebiet der politischen Steuerung und des intentionalen Institutionenwandels erzielt wurden – zwei Forschungsthemen im Schnittfeld von Soziologie und Politikwissenschaft.

Der heuristische Nutzen der Ausgangsfrage verdankt sich dem glücklichen Umstand, dass ein gelingender Systemwechsel, wie er in mehreren Ländern zu beobachten war, wohlfundierten theoretischen Aussagen in Soziologie und Politikwissenschaft widerspricht. Diese Skepsis resultiert keineswegs aus einer modisch-kritischen Attitüde, sondern scheint sowohl in historisch-empirischer Hinsicht als auch theoretisch solide begründet zu sein.

Was die historisch-empirisch Begründung angeht, möchte ich nur an das Scheitern des Sozialismusprojekts und die enormen sozialen Kosten erinnern, welche die Kollektivierungsprozesse in den Gesellschaften sowjetischen Typs verursacht haben.⁴ Theoretisch relevanter ist jedoch der Korpus von konvergierenden Befunden der Entscheidungsforschung, der Politik- und Implementationsforschung⁵ sowie von Argumenten aus der in den 70er Jahren geführten Debatte über die Unregierbarkeit moderner Staaten.⁶ Alle diese Forschungsbefunde laufen – dank der weitestgehend komplementären Erkenntnisse – auf einen systematischen Zweifel an den Erfolgchancen umfassenden intentionalen Gesellschaftswandels hinaus.

Lassen Sie mich in knapper Form die wichtigsten Theoriestücke in Erinnerung rufen. Die allgemeinen erkenntnistheoretischen Fundamente des Zweifels reichen vom kritischen Rationalismus Karl Poppers (1972) bis zur soziologischen Systemtheorie Niklas Luhmanns (1984). Ihre gemeinsame Botschaft darf als *Unmöglichkeitstheorem gesellschaftlicher Großreformen* bezeichnet werden. Es findet prägnanten Ausdruck in so bekannten Floskeln wie „der Wissenschaft des Durchwurstelns“,⁷ dem „Mülleimer-Modell kollektiven Entscheidens“,⁸ der Alternativlosigkeit von „Stückwerks-Technologien“⁹ oder der „Tragik der toten Hände“ (Luhmann 1989).

⁴ Zum Fundus der historischen Erfahrungen zählt selbstverständlich auch das nationalsozialistische Projekt einer auf mörderischem Rassenchauvinismus gegründeten und institutionell durchherrschten („gleichgeschalteten“) Gesellschaft.

⁵ Z. B. Lindblom (1959) und Pressman/Wildavsky (1979).

⁶ Z. B. Crozier et al. (1975) und Hennis et al. (1977).

⁷ Im Original: „the science of muddling through“ (Lindblom 1959).

⁸ Im Original: „the garbage can model of decision-making“ (Cohen et al. 1972).

⁹ Im Original: „piecemeal technologies“ (Popper 1972).

Die dem Zweifel zu Grunde liegenden Annahmen entstammen, wie schon gesagt, soliden fachwissenschaftlichen Erkenntnissen: insbesondere dem Wissen (1) von den engen Grenzen *individueller* Informations- und Entscheidungsrationalität (Stichwort *bounded rationality*), (2) von den Ressourcen-, Identitäts- und Strategieproblemen *kollektiver* Akteure (Stichwort *collective action dilemma*), (3) von der Rationalitätsproblematik kollektiver Entscheidungen (Stichwort *social choice*) und (4) von der Unmöglichkeit einer gleichermaßen *inklusive* wie *instruktiven* Systemrationalität (Stichwort: *Selbstreferenzialität sozialer Systeme*).

Erscheint die vom Unmöglichkeitstheorem repräsentierte Skepsis schon hinreichend begründet, so müssen die Ausgangsbedingungen der Transition vom Sozialismus zu Demokratie und Marktwirtschaft als zusätzliche Erfolgshindernisse gelten. Eine Durchsicht der in den frühen 1990er Jahren angestellten Analysen ergibt Anhaltspunkte für mindestens fünf sozialismusspezifische Transformationsprobleme bzw. -hindernisse.

Vielzitiertes Hindernis Nr. 1 war das sog. *Dilemma der Gleichzeitigkeit*. Es behauptet die Unvermeidlichkeit des Scheiterns falls demokratische Bürgerrechte und eine marktwirtschaftliche Einkommensverteilung zur selben Zeit oder in der Reihenfolge Demokratie-Markt eingeführt würden (Elster 1990; Offe 1991b). Sobald die Bevölkerung in den Genuss effektiver Partizipationschancen käme, würde sie die mit sozialen Kosten verbundenen Reformen durch ein „demokratisches“ Veto an der Wahlurne zu Fall bringen.

Hindernis Nr. 2 betrifft *das kulturelle Voraussetzungsdefizit neuer Institutionen*. Danach erschienen die Transitionsgesellschaften durch ein spezifisch „sozialistisches Erbe“ von unpassenden Wertorientierungen und einem Mangel an demokratischen Bürgertugenden bzw. von „civic traditions“ belastet (Sztompka 1993, Malle 1994). Diese gelten gemeinhin als unverzichtbare Funktionsvoraussetzungen von Marktwirtschaft und Demokratie. Sie wurden im Sozialismus weder „gelehrt“ noch gefördert.

Als Hindernis Nr. 3 galt *die begrenzte „Lernkapazität“ der Transformationsgesellschaft*. Es wurde angenommen, dass die gleichzeitige Einführung einer Vielzahl von Institutionen die Anpassungsfähigkeit der Bürger – insbesondere ihr Informations- und Orientierungsvermögen – systematisch überfordere. Das erschien umso plausibler, als selbst in konsolidierten Demokratien

allenfalls bescheidene institutionelle Innovationen möglich sind, während „große“ Reformprojekte regelmäßig scheitern (vgl. Lindblom 1959, Popper 1972).

Hindernis Nr. 4 verweist auf *die Unzulänglichkeit einer dezisionistischen Institutionenpolitik*. Wenn neue gesellschaftliche Spielregeln erkennbar das Resultat einer Auswahl unter mehreren (womöglich gleichwertig scheinenden) Alternativen sind, so behalten sie noch lange den Anschein des künstlich Konstruierten (Offe 1995). Weil die Bürger meinen, dieses oder jenes hätte man „auch anders“ regeln können, bleibt die Geltungskraft neuer Institutionen sehr begrenzt. Und je mehr Änderungen die Reformpolitik zu dekretieren versucht, mit desto weniger Akzeptanz kann sie rechnen.

Auch Hindernis Nr. 5 benennt *Funktions- und Effektivitätsmängel der neuen Institutionen*. Sie werden in den ausländischen Vorbildern vermutet, an denen sich der Institutionenwandel orientiert. Immerhin existieren deutliche Anzeichen dafür, dass manche der aus Westeuropa importierten Institutionen unter erheblichen Effektivitäts- und Effizienzmängeln leiden und deshalb nur in beschränktem Maße als „Lösungen“ für akute Probleme der Reformländer taugen (vgl. Pusic 1993). Als Beleg wird u.a. an die aus Zeiten geschlossener Märkte überlieferten Arbeitsmarkt-, Wachstums- und Sozialpolitiken erinnert.

Soviel zu dem skeptischen Erwartungsrahmen, den große Teile der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung in den frühen 1990er Jahren teilten.

3. Empirische Beobachtungen als Theorientest

Die extrem skeptischen Erwartungen wurden von den Resultaten der Beobachtung konkreter Transformationsfälle enttäuscht. Die prononcierte Skepsis erwies sich zwar nicht als völlig unbegründet, doch sie wurde ebenso wenig durch übereinstimmende Befunde bestätigt. Bekanntlich gelang es zumindest den Ländern, die heute der Europäischen Union angehören oder den Status von Beitrittskandidaten haben, ein neues, den Prinzipien von Demokratie und Marktwirtschaft genügendes Institutionensystem aufzubauen. Es entstanden funktionsfähige Systeme der repräsentativen Demokratie, weitgehend konsistente rechtsstaatliche Ordnungen sowie die institutionellen Grundlagen einer auf Wettbewerb und dezentralem Eigentum beruhenden Marktwirtschaft. Schon nach einer Dekade stürmischer Veränderungen, d.h. 1999, konnten sieben von 13 europäischen Reformländern (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien, Tschechien und Ungarn) das gleiche Niveau politischer Freiheit wie Deutschland,

Frankreich und Großbritannien gewährleisteten (so Freedom House). Die selben Länder waren auch die Spitzenreiter der ökonomischen Erholung. Beispielsweise hatten Slowenien und Tschechien 1999 das Pro-Kopf-Sozialprodukt von Griechenland und Portugal erreicht.

Zuvor hatten alle reformierten Volkswirtschaften eine einschneidende Transformationskrise bzw. ein „Tal der Tränen“ (Sachs 1991) durchlitten. Die industrielle Produktion, das Sozialprodukt und die Realeinkommen waren um 20 bis 50 % gesunken, bevor die Erholung einsetzte. Schon 1996 hatten 19 Transformationswirtschaften die Krise überwunden und zeigten wieder positive Wachstumsraten. Die Produktion erholte sich v.a. dort relativ rasch, wo der makroökonomischen Stabilisierung Vorrang gegeben und nicht nur für ausländische Investoren, sondern auch für einheimische Unternehmern günstige Bedingungen geschaffen worden waren (vgl. Beyer 2001). Gleichwohl erwies sich die Phase des Übergangs als wesentlich länger als man erhofft hatte. Auch die sozialen Kosten und verteilungspolitischen Folgen der Transformation fielen gravierender als erwartet aus. Doch über Zeit und soziale Folgen macht das Unmöglichkeitstheorem keine testbaren Aussagen.

Alles in allem stellte sich also heraus, dass der Möglichkeitsraum für umfassende und tiefgreifende Gesellschaftsreformen weitaus größer war als es theoriegestützte Prognosen erwarten ließen. Versucht man, die Differenzen zwischen den skeptischen theoretischen Annahmen und den empirischen Indikatoren des Erfolgs zu präzisieren, so gelangt man zu folgenden Einsichten in die Erfolgsbedingungen anspruchsvoller institutioneller Reformen.

(1) Die auf der Mikroebene der handelnden Personen vermuteten Grenzen des rationalen Entscheidens sind prinzipiell überwindbar. Im konkreten Fall half oft der Rekurs auf *exemplarische* Institutionen und Verfahren. Das individuelle Wissen von den politischen und ökonomischen Basisinstitutionen der Gesellschaft ist demnach nicht per se unzureichend. Es ist gewiss niemals vollständig, aber für viele praktische Fälle des „institutional lesson drawing“ ausreichend instruktiv.

(2) Für die Mesoebene der kollektiven Akteure behauptet das Unmöglichkeitstheorem erhebliche Ressourcen- und Strategieprobleme sowie ein Rationalitätsdefizit des kollektiven Entscheidens. Diese Annahmen wurden in der Realität vielfach bestätigt. Es lag an der besonderen Verfasstheit ex-sozialistischer Gesellschaften, v.a. an ihrer relativen „Unterorganisation“ in Interessenverbänden und „pressure groups“, dass die auf dieser Ebene erwarteten

Steuerungsprobleme seltener und nur in rudimentärer Form auftraten. Das frühe „window of opportunity“ schloss sich aber schon recht bald im Zuge der Differenzierung der Transformationsgesellschaft und der Konsolidierung von Parteien und Interessenverbänden.

(3) Auf der Makroebene der Gesellschaft bedurften die politischen Eliten offensichtlich keines eigens für das Transformationsprojekt entworfenen Konzepts von „Systemrationalität“. Die Konsolidierungsfortschritte der nach dem Vorbild westlicher Demokratien reformierten Transformationsländer belegen vielmehr zweierlei: erstens, dass die als Vorbild dienenden Institutionensysteme, deren Entstehungsprozess eher evolutionärer als dezisionistischer Natur war, unter günstigen Umständen zur Selbststabilisierung tendieren, ein Mindestmaß an Funktionsfähigkeit entwickeln und beherrschbare endogene Störpotenziale bergen. Zweitens entlastete ein (aus Eigeninteressen) „wohlwollender“ internationaler Kontext – samt staatlicher und zivilgesellschaftlicher Kooperationsangebote – von der Notwendigkeit einer allemal riskanten Sinnstiftung aus „eigener“ Kraft.

(4) Weitere Erfolgsfaktoren waren spezifischer bzw. „lokaler“, d.h. nationaler, Natur: so das beachtliche Niveau der politischen „skills“ mancher Reformakteure, das sich z.B. in der Nutzung des frühen Gelegenheitsfensters zeigte wie auch in der Konzentration schmerzhafter Maßnahmen auf die Startphase. Fallweise nützlich erwies sich auch der Rekurs auf im Sozialismus entstandene, aber nicht notwendig dem Sozialismus verbundene Wertorientierungen, z.B. in Beiträgen zur Konsenssicherung und Konfliktprävention (vgl. u.a. Wielgoths 2001).

Diese hier – nur in grober Verkürzung – skizzierten Befunde besagen unmissverständlich, dass umfangreiche designbasierte Reformprojekte prinzipiell – und das bedeutet ausdrücklich auch: im Rahmen demokratischer politischer Systeme – realisierbar sind. Gleichwohl beruht ihr empirischer Erfolg auf Bedingungen, die im Alltagsbetrieb moderner Gesellschaften, z.B. im Deutschland der Gegenwart, nicht oder nur sehr selten erfüllt sind:

> Es existierte ein weitgehender Programmkonsens innerhalb der politischen Eliten, sowie zwischen diesen und der Bevölkerung.

> Es herrschte Einsicht in die Notwendigkeit einer Übergangsphase mit spürbaren sozialen Kosten.

> Es gab ein Gelegenheitsfenster derart, dass wichtige Entscheidungsgremien nicht dem Druck organisierter Partikularinteressen ausgesetzt waren.

Der hier berichtete Ertrag von theoretisch inspirierten Analysen im Rahmen der Transformationsforschung läuft auf einen Paradigmenwechsel in der politischen Steuerungstheorie hinaus. Das ein halbes Jahrhundert alte Unmöglichkeitstheorem holistischer Reformen ist durch die Feststellung zu ersetzen: „Ambitionierte Reformpolitik ist möglich, aber bleibt auf überdurchschnittliche Akteurkompetenzen und günstige Gelegenheiten angewiesen.“

Der Wert dieser Erkenntnis lässt sich in zwei wissenschaftlichen Währungen bestimmen. Er liegt zum einen in der Revision bestimmter, bislang als selbstverständlich, ja Gemeinplatz (truism) behandelter theoretischer Aussagen. Zum zweiten besitzt diese Erkenntnis erheblichen Wert als exemplarischer Beleg des Nutzens vergleichender Analysen, die sich der einschlägigen theoretischen Annahmen vergewissern und den empirischen Befund in deren Lichte zu interpretieren verstehen. Das in Gestalt der Transformationsgesellschaften gegebene Reservoir an solchen Erkenntnischancen ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

4. Schlussbemerkung

Mit dieser Feststellung ließe sich die exemplarische Expedition in die sozialwissenschaftlichen Jagdgründe namens Postsozialismus beenden.

Sehen Sie es mir bitte nach, dass ich darauf verzichtet habe, die ohnehin zur Unübersichtlichkeit tendierende Komplexität des empirischen Referenzrahmens durch Einbeziehung der Anomalie ‚Ostdeutschland‘ zu steigern. Ich hätte dafür auf eine Palette von weiteren Faktoren, Kontextbedingungen¹⁰ und Befunden¹¹ eingehen müssen, was sich aus Zeitgründen leider verbietet.

Gleichwohl möchte ich mein Plädoyer für vergleichende theoriegestützte Analysen ausdrücklich auch für den Sonderfall Ostdeutschland verstanden wissen – nicht nur, weil er eine je nach Fragestellung lohnende Steigerung der Varietät garantiert, sondern auch, weil sich seine vielen Spezifika nur einem systematisch vergleichenden Blick erschließen. Dieser Transformationsfall ist, wie wir wissen, nicht bloß durch ein Übermaß an politischen Ambitionen, ja Wunschdenken, charakterisiert, sondern offenbart uns auch wie kein anderer Grenzen und Fallstricke der politischer Steuerung. Und er ist ebenso wenig wie die anderen Fälle am End-

¹⁰ Vgl. einige frühere Arbeiten des Autors (Wiesenthal 1996, 1998, 1999).

¹¹ So bietet die ostdeutsche Transformation prägnante Belege für die von Raymond Boudon (1979) analysierten „perversen Effekte sozialer Ordnungen“.

punkt seiner Entwicklung angekommen, sondern bleibt auf längere Sicht ein „moving target“ lohnender Transformationsforschung.

Literatur

- Beyer, Jürgen, 2001: Jenseits von Gradualismus und Schocktherapie - Die Sequenzierung der Reformen als Erfolgsfaktor. In: Wiesenthal, Helmut (Hg.): Gelegenheit und Entscheidung. Policies und Politics erfolgreicher Transformationssteuerung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 169-190.
- Boudon, Raymond, 1979: Widersprüche sozialen Handelns. Darmstadt, Neuwied: Luchterhand.
- Cohen, Michael D./ March, James G./ Olsen, Johan P., 1972: A Garbage Can Model of Organizational Choice. *Administrative Science Quarterly* 17, 1-25.
- Crozier, Michel J./ Huntington, Samuel P./ Watanuki, Joji, 1975: The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission. New York: New York University Press.
- Elster, Jon, 1990: The Necessity and Impossibility of Simultaneous Economic and Political Reform. In: Ploszajski, Piotr (Hg.): Philosophy of Social Choice. Warsaw: IFiS Publishers, 309-316.
- Giesen, Bernd/ Leggewie, Claus, 1991: Sozialwissenschaften vis-à-vis. Die deutsche Vereinigung als sozialer Großversuch. In: Giesen, Bernd/ Leggewie, Claus (Hg.): Experiment Vereinigung. Berlin: Rotbuch, 7-18.
- Hennis, W./ Graf Kielmansegg, P./ Matz, U. (Hg.), 1977: Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Lindblom, Charles E., 1959: The Science of Muddling Through. *Public Administration Review* 19 (Spring), 79-88.
- Luhmann, Niklas, 1984: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas, 1989: Politische Steuerung: Ein Diskussionsbeitrag. *Politische Vierteljahresschrift* 30 (1), 4-9.
- Malle, Silvana, 1994: From Market to Capitalism: The Building of Institutional Ethics. In: *Journal of Public Policy*, 14 (1), 1-16.
- Offe, Claus, 1991a: Die deutsche Vereinigung als 'natürliches Experiment'. In: Giesen, B./ Leggewie, C. (Hg.): Experiment Vereinigung. Berlin: Rotbuch, 77-86.
- Offe, Claus, 1991b: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa. *Merkur* 45 (4), 279-292.
- Offe, Claus, 1995: Designing Institutions for East European Transitions. In: Hausner, Jerzy/ Jessop, Bob/ Nielsen, Klaus (Hg.): Strategic Choice and Path-Dependency in Post-Socialism. Brookfield: Edward Elgar, 47-65.
- Popper, Karl R., 1972: The Poverty of Historicism. London: Routledge & Kegan Paul.
- Pressman, Jeffrey L./ Wildavsky, Aaron, 1979: Implementation. How Great Expectations in Washington Are Dashed in Oakland. 2nd ed., Berkeley, CA: University of California Press.
- Pusic, Vesna, 1993: Intellectual Trends, Institutional Changes and Scholarly Needs in Eastern Europe. *East European Politics and Societies* 7 (1), 1-13.
- Sachs, Jeffrey D., 1991: Crossing the Valley of Tears in East European Reform. *Challenge* 34 (5), 26-34.

- Sztompka, Piotr, 1993: Civilizational Incompetence: The Trap of Post-Communist Societies. *Zeitschrift für Soziologie* 22 (2), 85-95.
- The Economist, 2002: „Social science: Try it and see“. March 2nd 2002, 77-78.
- Wielgojs, Jan, 2001: Varianten erfolgreicher Privatisierungspolitik - Die Konditionierung und Steuerung der Unternehmensprivatisierung in Estland, Polen und der Tschechischen Republik. In: Wiesenthal, Helmut (Hg.): *Gelegenheit und Entscheidung. Policies und Politics erfolgreicher Transformationssteuerung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 93-168.
- Wiesenthal, Helmut (Hg.), 1996: *Einheit als Privileg. Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands*. Frankfurt/Main: Campus.
- Wiesenthal, Helmut, 1998: Post-Unification Dissatisfaction, or Why Are So Many East Germans Unhappy with the New Political System?. In: *German Politics*, 7 (2), 1-30.
- Wiesenthal, Helmut, 1999: *Die Transformation der DDR. Verfahren und Resultate*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.